

AUSSENPOLITIK

BRD

(1) Glückwünsche für den neuen Außenminister

Zur Ernennung Ch'iao Kuan-huas zum neuen Außenminister Chinas sandte Bundesminister Genscher ein Telegramm mit dem Wortlaut:

Zu Ihrer Ernennung zum Außenminister der Volksrepublik China spreche ich Ihnen meine herzlichen Glückwünsche aus. Für Ihr verantwortungsvolles Amt wünsche ich Ihnen viel Erfolg in einer Zeit, in der es gilt, gemeinsam für den Frieden der Welt zu wirken.

Ich bin überzeugt, daß Ihre reichen Erfahrungen auch der weiteren Entwicklung der guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zustatten kommen werden. Mit Freude denke ich an unsere freundschaftlichen Gespräche, die wir anlässlich Ihres Besuches in Bonn vor einem Monat geführt haben.

(Vgl. Thema in diesem Heft: Chinas neuer Außenminister Ch'iao Kuan-hua — politische Karriere und persönliches Profil).

(2) Hsinhua-Meldungen über Zustände in der Bundesrepublik

- a. NCNA, 7.11.74: "Ansteigende Arbeitslosigkeit in Westdeutschland"
- b. NCNA, 8.11.74: "Studentenkundgebungen in Düsseldorf gegen Preissteigerungen".

WESTEUROPA

(3) Kampf der holländischen Polizei gegen chinesische Heroinhändler

Die niederländische Kriminalpolizei hat eine internationale Bande chinesischer Heroinhändler (insgesamt 17 Personen) in Holland und Belgien sowie 7 weitere Verteiler in Schweden und Kanada festgenommen. Das Rauschgift war aus Singapore auf dem Luftweg nach Brüssel gebracht und dann mit Autos und Bahn zum europäischen Hauptumschlagsplatz Amsterdam gebracht worden.

Die erste Spur fand die Polizei, als im September 1974 die Leiche eines 26jährigen Chinesen aus einem Amsterdamer Hafenbecken geborgen wurde. Es stellte sich heraus, daß der Tote ein Heroinhändler war, der seinen Geschäftspartnern für eine halbe Million Gulden schlechte Qualität geliefert hatte.

Seit Jahren hatte im Chinesenviertel in Amsterdam ein erbitterter Kampf gewütet, bei dem die Polizei nicht genau wußte, ob es um interne Streitigkeiten in den chinesischen Spielhöhlen oder um Rauschgifthandel ging (Welt, 7.11.74).

(4) Teilnahme Chinas an NATO-Sitzungen vorgeschlagen

Der britische Labourabgeordnete und namhafte Chinaforscher Roderick MacFarquhar (bekanntgeworden u.a. durch seine Monographie über die Hundert-Blumen-Kampagne sowie über die Kulturrevolution; früher auch Herausgeber der in London erscheinenden "China Quarterly") hat die Teilnahme eines chinesischen Beobachters an dem nächsten Treffen des politischen Ausschusses der NATO-Versammlung vorgeschlagen. China teile die Furcht vor dem sowjetischen Expansionismus, die zur

Gründung des Bündnisses geführt habe (FAZ, 18.11.74).

SOWJETUNION

(5) Friedensoffensive gegen Moskau

Anlässlich des 57. Jahrestages der russischen Oktoberrevolution hat China im Vergleich zu den letzten Jahren ein relativ langes Telegramm übersandt, in dem auch die Bereitschaft Chinas zur Unterzeichnung eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion zum Ausdruck gebracht wird.

Die Sowjetunion hat 1973 zuerst den Vorschlag gemacht, mit China ein Gewaltverzichtabkommen abzuschließen. Diesmal jedoch lehnt sie das chinesische Entgegenkommen ab. Während das Parteiorgan "Prawda" (9.11.74) bei Veröffentlichung der chinesischen Botschaft ausgerechnet die interessanteste Passage ausgelassen hat und in Moskaus Antworttelegramm das chinesische Dokument als vages Angebot bezeichnet wurde, begründete Parteichef Breschnew am 26. Nov. in Ulan Bator die sowjetische Ablehnung damit, daß Moskau das von den Chinesen vorgeschlagene Auseinanderrücken der Streitkräfte auf beiden Seiten zur Verhütung bewaffneter Konflikte sowie zur Beibehaltung des Status quo an der Grenze nicht vor einer endgültigen Lösung der gesamten Grenzfragen akzeptieren möchte. (Siehe dazu in diesem Heft Dokument "Notenaustausch zwischen Peking und Moskau anlässlich des 57. Jahrestages der Oktoberrevolution über Gewaltverzicht" und Thema "Diplomatische Runden in Wladiwostok und Peking — neue Demonstration des Dreieckverhältnisses der Weltmächte").

(6) Sino-sowjetische Polemik

UKRAINISCHER WIDERSTANDSKAMPF

"Gegen die großrussisch-chauvinistische nationale Unterdrückungspolitik der Breschnew-Clique"

Unter dieser Überschrift brachte Radio Peking, deutsch (MD Osteuropa 22.10.74, S 1 ff.), Einzelheiten über Boykotte, "großangelegte Arbeiterstreiks" und Entwicklung des Massenkampfes des ukrainischen Volkes gegen die unleninistische Politik Moskaus.

EINMISCHUNGSVERSUCHE IN SÜDOSTASIEN

Seit dem Waffenstillstand in Vietnam habe der Kreml seine Expansion durch eine "Diplomatie der Einladungen" und Entsendung zahlreicher hoher Beamter nach Südostasien intensiviert und gehe mit dem sogenannten "asiatischen kollektiven Sicherheitssystem hausieren". Unter dem Aushängeschild der "Hilfe" wolle man auch wirtschaftliche Investitionen unterbringen. Verhängnisvoll sei u.a. die Rolle der Filiale der Moskauer Volksbank in Singapore, die in mehr als 100 Unternehmen Südostasiens investiere. Die Moskauer Volksbank betreibe eine eindeutige Politik des Kapitalexports. Auf der Suche nach Häfen und maritimer Dominanz habe der sowjetische Sozialimperialismus mit südostasiatischen Ländern gemeinsame Schiffahrtsgesellschaften eingerichtet und dringe in das Schiffahrtsgeschäft ein. Außerdem werde in den Ländern Südostasiens "hemmungslose Spionagetätigkeit" betrieben (NCNA, 11.11.74).

NORDAMERIKA

(7) Kanada legt strenge Maßstäbe an die Einwanderung von Volkschinesen

Seit zu Beginn des Jahres 1974 bekannt wurde, daß die Regierungen in Ottawa und Peking sich über die Einwanderung von Volkschinesen nach Kanada einig geworden seien (dazu C.a. 1974/9 Ü12), hat sich in der kanadischen Immigrationspolitik eine gewisse Praxis herausgebildet. Bei den kanadischen Einwanderungsbehörden sind Anträge ansässiger Chinesen für die Immigration von immerhin 15.000 ihrer Verwandten aus der VR China vorgelegt worden. Die chinesischen Behörden umgekehrt haben bisher Auswanderungsvisa für 463 Personen erteilt. Von diesen haben 207 kanadische Visa bekommen. Fast alle zugelassenen Einwanderer gehören zu einer Prioritätengruppe, nämlich Ehegatten und Ehefrauen, Mütter und Väter über 60 Jahren, Kinder und Verlobte (Kategorie der "sponsored dependants").

Anders die Lage für die zweite Gruppe, die "nominated dependants", also Brüder und Schwestern, Väter und Mütter unter sechzig, Kinder über 21, Onkel, Cousins usw. Für Personen dieser Kategorie werden strengere Maßstäbe angelegt. Vor allem achten die kanadischen Behörden darauf, ob diese Personen für den einheimischen Arbeitsmarkt Verwendung finden können. Bisher wurden deshalb rund 15% aller Anträge für Immigranten dieser Kategorie abgelehnt (CSM, 4.11.74).

(8) Kissingers 7. Chinabesuch

Der US-Außenminister Dr. Henry Kissinger hat vom 25. bis 29. Nov. zum 7. Male Peking besucht. Der Besuch fand anschließend an das Gipfeltreffen in Wladiwostok zwischen dem US-Präsidenten Ford und dem sowjetischen Parteichef Breschnew statt. Das Hauptziel dieser Reise war, die Chinesen über die neue Vereinbarung zwischen den USA und der Sowjetunion in Wladiwostok zu informieren. Bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Peking und Washington läßt sich kein neuer Fortschritt erkennen. Ministerpräsident Chou En-lai konnte Kissinger diesmal nur kurz im Krankenhaus empfangen. Die wichtigsten Gesprächspartner Kissingers waren der Stellvertretende Ministerpräsident Teng Hsiao-p'ing und der neue chinesische Außenminister Ch'iao Kuan-hua. (S. dazu Thema: "Diplomatische Runden in Wladiwostok und Peking — neue Demonstration des Dreieckverhältnisses der Weltmächte".)

LATEINAMERIKA

(9) Neue Formen des volksdiplomatischen Verkehrs mit südamerikanischen Ländern: Radiosendungen in Kuechua

Seit Anfang November strahlt Radio Peking Sendungen in der Indianersprache Kuechua nach Peru, Bolivien und Ecuador aus. Dies ist eine Maßnahme, die sich wahrhaft an die "breiten Volksmassen" wendet und ein geschickter volksdiplomatischer Schachzug. Man wird abwarten müssen, welche Inhalte durch die Radiosendungen übermittelt werden und wie die Reaktionen der Regierungen in den betreffenden Staaten ausfallen. (Vgl. auch C.a. 1974/11 Ü39)

AFRIKA UND NAHOST

(10) Erneute Stellungnahme zur Palästinafrage

Anläßlich des Auftretens der palästinensischen Befreiungsorganisation in der UNO-Vollversammlung brachte Peking einige Kommentare heraus, in denen das "Wesen" der Palästinafrage noch einmal angesprochen wurde: Es handele sich hier keineswegs nur um ein "Flüchtlingsproblem", das sich mit Almosen lösen lasse, sondern um einen Unruheherd, der geschaffen worden sei durch die "israelischen Zionisten in Zusammenarbeit mit den beiden Supermächten".

Es gebe nur eine einzige Lösung für die Palästinafrage, nämlich die Ausschaltung jeglicher Interventionsmöglichkeiten durch die "arabischen Völker" (SWB, 16.11.74). Wie schon in früheren Kommentaren wird auch hier die Frage der Existenzberechtigung des israelischen Staates mit keinem Wort erwähnt. Es heißt lediglich, daß "Israels wiederholte Aggressionskriege gegen die arabischen Länder" dem Land enorme Verluste an Menschen und Material eingetragen hätten. Daher müßten die Israelis den Gürtel nun noch enger schnallen. Der Krieg werde auf dem Rücken des Volkes ausgetragen (Hsinhua in SWB, 12.11.74).

(11) Krankenbett-Diplomatie Chou En-lais

Im Berichtszeitraum hat Ministerpräsident Chou En-lai mehrere ausländische Besucher am Krankenbett empfangen, nämlich u.a. den Vorsitzenden des Präsidialrats der Demokratischen Volksrepublik Yemen, Salem Robaya Ali (NCNA, 10.11.74) und den Ministerpräsidenten und Außenminister von Trinidad und Tobago, Dr. Eric Williams (NCNA, 11.11.74).

(12) Pekings Afrikapolitik

Anfang Oktober besuchte der Präsident von Gabun die VR China. U.a. kam es zur Unterzeichnung eines Abkommens über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit sowie zu einem Handelsabkommen (NCNA, 7.10.74). Der gabunische Staatspräsident El Hadj Omar Bongo traf am 5.10. auch mit Mao Tse-tung zusammen (NCNA, 5.10.74) und führte Gespräche mit Chou En-lai (NCNA, 7.10.74).

Der gabunische Präsident war bereits das achte afrikanische Staatsoberhaupt, welches im Jahre 1974 in die VR China reiste. Die bisherige Gesamthilfe Chinas, die Ministerpräsident Chou En-lai bei seiner Afrikareise 1964 in Aussicht gestellt und durch die Benennung der "Acht Prinzipien der Entwicklungshilfe" (dazu C.a. 1972/5, S.33) flankiert hatte, beziffert sich heute auf 1 Mrd. Dollar. Schwerpunktländer für diese Hilfe sind Tansania und Zambia sowie Somalia, Mali, Ägypten, Sudan, Guinea, Algerien und Zaire. Über 20 afrikanische Staaten unterhalten Vertretungen in Peking. Die Zahl der chinesischen Entwicklungshelfer auf dem afrikanischen Kontinent wird auf 20.000 geschätzt.

Die meisten chinesischen Anleihen sind mit Warenlieferungsverträgen gekoppelt, so daß Entwicklungshilfe und Außenhandel der VR China in Afrika eine enge Verbindung eingegangen sind. Tansania und Zambia haben sich beispielsweise verpflichtet, von China Waren im Werte von etwa 50 Mio. US\$ bis zur Fertigstellung der Tansam-Eisenbahn abzunehmen. Der Gewinn aus diesem Warenverkauf fließt in das Tansamprojekt.

Es ist allerdings nicht immer einfach für die VR China, Waren zu liefern, die von den afrikanischen Vertragspartnern gewünscht und geschätzt werden. Vor allem im Bereich von Textilien,

Fahrrädern etc. haben die afrikanischen Länder ihrerseits bereits einen relativ hohen Standard erreicht.

ASIEN

(13) Chinesische Erdölexporte nach den Philippinen und Japan

Wie Hsinhua (15.10.74) meldet, nahmen Präsident Marcos und seine Gattin an einer kurzen Feier anlässlich des Eintreffens des ersten chinesischen Erdöls auf den Philippinen teil. Der Präsident erklärte, das Eintreffen des Öls symbolisiere "die chinesische Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Philippinen ... Die Normalisierung der Beziehungen mit China entspricht den höchsten Interessen des Landes". Insgesamt trafen 30.000 barrels Erdöl ein. Diese Lieferung war während des Besuches von Imelda Marcos in Peking vereinbart worden (dazu Näheres C.a.1974/10 Ü74 und C.a.10/S.602 ff.).

(14) Japan - China: Schifffahrtsabkommen unter Dach und Fach; baldiger Beginn der Friedensvertragsgespräche?

Am 13. November unterzeichneten Japan und China ein bilaterales Schifffahrtsabkommen. Der Vertrag, der zu Beginn des Monats in Peking paraphiert worden war, hat eine Gültigkeitsdauer von 3 Jahren. Er räumt Schiffen beider Länder das Recht ein, einen Transportverkehr zwischen beiden Ländern sowie zwischen dem anderen Land und Drittländern durchzuführen. Das Abkommen wird nach 3 Jahren automatisch verlängert, sofern es nicht von einer Partei 6 Monate im voraus gekündigt worden ist (JiJi Press, englisch, 13.11.74 und SWB, 5.11.74).

Das Abkommen erfaßt allerdings nicht alle Schifffahrtsprobleme zwischen den beiden Ländern. Immer noch fraglich ist, welchen Anteil an den Verschiffungen chinesische und japanische Schiffe bekommen sollen. Noch 1972 hatten japanische Schiffe 52,3% an japanischen Gütern nach chinesischen Häfen und 55,8% an chinesischen Gütern nach Japan verschifft. Der japanische Anteil am Transportaufkommen zwischen Japan und China lag also in beiden Richtungen über 50%. Inzwischen werden in Japan Befürchtungen laut, daß Peking in Zukunft 40% chinesischen, weitere 40% japanischen und den Rest von 20% Schiffen aus Drittländern zuweisen will. Die japanische Reedervereinigung will demgegenüber verlangen, daß Drittländer ganz aus dem bilateralen Transportgeschäft ausgeschlossen werden (SWB, 5.11.74).

Am 13.11. vereinbarten Außenminister Toshio Kimura und der chinesische Vizeaußenminister Han Nien-lung die Wiederaufnahme der ausgesetzten Verhandlungen über den Abschluß eines chinesisch-japanischen Fischereiabkommens und die baldmögliche Aufnahme von Gesprächen über einen Friedens- und Freundschaftsvertrag zwischen beiden Ländern.

Bei der im weiteren Verlauf des Tages erfolgten Begegnung des chinesischen Vizeaußenministers mit dem japanischen Vizeaußenminister Togo wurde praktisch bereits mit den vorbereitenden Gesprächen über den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages begonnen. Beide Gesprächsleiter äußerten sich befriedigt über die stetige Entwicklung der Beziehungen zwischen beiden Nationen seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen Ende 1972. Beide bestätigten die Absicht ihrer Regierungen, die bilateralen Beziehungen weiter zu festigen.

Japan vertritt die grundsätzliche Auffassung, daß sich der Friedensvertrag auf die im September 1972 herausgegebene gemeinsame chinesisch-japanische Erklärung über die Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern gründen sollte. Der geplante Friedens- und Freundschaftsvertrag solle zur Grundlage der künftigen freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern werden.

Im Anschluß an die Begegnung warnte der japanische Vizeaußenminister vor übereiletem Optimismus im Hinblick auf die Aussichten auf Friedensvertragsverhandlungen. So sei beispielsweise noch kein neues Einvernehmen über die verschiedenen Nachkriegsfragen erzielt worden, darunter den territorialen Status Taiwans (JiJi Press, 13.11.74).

Begleitet waren die Gespräche von Demonstrationsveranstaltungen zugunsten des Abschlusses eines solchen Friedensvertrages (NCNA, zitiert in SWB, 14.11.74).

Welchen konkreten Inhalt ein solcher Friedensvertrag haben soll, ist allerdings nur schwer auszumachen. Bereits beim Besuch Tanakas im September 1972 war beispielsweise die Frage eventueller Reparationen in dem Sinne gelöst worden, daß Peking, ebenso wie übrigens schon vor Jahren Taiwan, auf Kriegsentschädigungen gegenüber dem ehemaligen Feind verzichtete. Ferner wurde schon damals vereinbart, daß beide Regierungen "dauerhafte Beziehungen des Friedens und der Freundschaft zwischen beiden Ländern auf der Basis der friedlichen Koexistenz" herstellen wollten. Sämtliche Streitfragen in den gegenseitigen Beziehungen sollten auf friedlichem Wege ohne Gewaltanwendung oder Gewaltdrohung gelöst werden. Auch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde damals vereinbart und überdies "der anormale Zustand, der bis jetzt zwischen der VR China und Japan besteht, mit dem Tag der Veröffentlichung des Kommuniqués für beendet erklärt". Nicht zuletzt aber erkannte Japan die Regierung der VR China als einzige legitime Regierung Chinas an. Soll ein eventueller Friedensvertrag diese bereits damals getroffenen Vereinbarungen lediglich noch einmal formal und "mit heiligem Ernst" festlegen? (Weitere Ausführungen zu diesem Thema in C.a. 1974/2 S. 35 f.). Auch die Sowjetunion beabsichtigt übrigens, mit Japan einen Friedensvertrag zu schließen. Einem solchen Unternehmen steht allerdings die Frage um die Rückgabe der vier Kurileninseln an Japan und die negative Haltung Pekings gegenüber einem solchen Vertrag entgegen (SWB, 8.11.74).

(15) Ist es zwischen Peking und Seoul zu vertraglichen Vereinbarungen gekommen?

Der sowjetische Sender "Radio Frieden und Fortschritt" hat in einer auf Chinesisch gehaltenen Sendung am 4.11.74 (MD Asien, 5.11.74, S.6) mitgeteilt, daß China "vor kurzem" ein Abkommen über die Lieferung von 1000 t roten Paprikas im Wert von 760.000 US \$ an Südkorea vereinbart habe. Der Vertrag sei von der Hong Konger Geschäftsstelle der chinesischen Handelsgesellschaft unterzeichnet worden. Dieser Handel sei "beispiellos in der Geschichte. Der Kontakt zwischen den Vertretern von Peking und Seoul ist schon vor langer Zeit aufgenommen worden. Er verlief allerdings über Makler und Geheimbotsen. Durch Unterzeichnung dieses Abkommens ist bewiesen, daß ... die chinesische Führungsclique ständig die Möglichkeit sucht, mit Seoul zusammenzuarbeiten, obwohl sie Seoul offiziell verurteilt."

(16) Peking wirft der Sowjetunion Verrat an Nord-

korea und Kollaboration mit der Regierung Park Chong Hee vor

In einer langen Liste, bei der sich Hsinhua (SWB, 12.11.74) auf hauptsächlich japanische Quellen stützt, soll der Nachweis erbracht werden, daß zwischen Moskau und Seoul intensive Kontakte bestehen, die von einer Zusammenarbeit der beiden Rotkreuzgesellschaften über den Austausch von Literatur und über kulturelle Kontakte bis hin zu Handelsbeziehungen und sogar zur stillschweigenden Billigung der Existenz zweier Koreas durch Moskau reicht. Der Bericht betont, daß die Sowjets es nicht wagten, das Fünfpunkteprogramm des nordkoreanischen Staatschefs Kim Ilsong für die friedliche Wiedervereinigung Koreas ausdrücklich zu unterstützen.

Ist dieser Artikel als Antwort auf die Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zu sehen, daß die Chinesen den Südkoreanern 1000 t roten Pfeffer verkaufen wollten (Näheres dazu SWB, 12.11.74)? In dem Artikel wird auch erklärt, daß es sich hier um ein böses Gerücht handele: Nicht China, sondern die Sowjetunion unterhalte Beziehungen zu Seoul.

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN

(17) China fordert in der UNESCO ein revolutionäres Aktionsprogramm in den Bereichen der Erziehung, der Wissenschaft und Kultur

Bei der 18. Generalkonferenz der UNESCO in Paris legte der Leiter der chinesischen Delegation Tseng Tao am 28.10. die prinzipielle Haltung Chinas hinsichtlich der schulischen Ausbildung in aller Welt dar: "Wir sind der Auffassung, daß es unter Berücksichtigung der Realitäten der heutigen Welt und des allgemeinen Wunsches der Völker der Welt erforderlich ist, die Jugend in einer Weise zu erziehen, die sich gegen den Imperialismus, den Kolonialismus, den Rassismus und das Hegemoniestreben richtet, denn diese Übel, und insbesondere das von den Supermächten praktizierte Hegemoniestreben, stellen die größte Gefahr für den Kampf der Völker der Welt um die Erringung und die Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit, das größte Hindernis für eine freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Völkern der Welt dar. Bei der Förderung der internationalen Zusammenarbeit in den Bereichen der Erziehung, der Wissenschaft und der Kultur muß unsere Organisation (UNESCO) die Souveränität und Unabhängigkeit jedes Landes respektieren. ... Vor allem muß sie der Kontrolle und der Infiltration durch die Supermächte Widerstand entgegensetzen...

Zweitens muß die UNESCO in ihrer Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern bei der Förderung ihres Erziehungswesens, ihrer Wissenschaft und ihrer Kultur den dringendsten Erfordernissen dieser Länder größte Aufmerksamkeit schenken und ihnen materiell und technisch helfen, ihre Fähigkeit zur Selbsthilfe zu verstärken.

Drittens muß sich die UNESCO bei der Ausbildung von Personal stets der Wünsche und der spezifischen Bedingungen der Länder der Dritten Welt bewußt sein und ihnen bei der Heranbildung ihrer eigenen Kader Hilfe leisten. Wir sind der Auffassung, daß dies die Hauptpunkte der Aktivität der Organisation sein sollten" (NCNA, 30.10.74).

(18) Abrüstungsdebatte in der UNO

Seit dem 21. Oktober hat der erste (politische Sicherheits-) Ausschuß der UNO sich zwölfmal mit dem Abrüstungsproblem befaßt. China hatte dabei ausgiebig Gelegenheit, seine - in der Zwischenzeit allerdings längst bekannten - Argumente gegen die Politik der Supermächte, vor allem gegen die Sowjetunion, erneut zu betonen.

Bemerkenswert ist, daß der chinesische Vertreter An Chi-yüan ausdrücklich auf das Zusatzprotokoll zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen in Lateinamerika, auf die Schaffung einer Friedenszone im Indischen Ozean und auf die von Pakistan, Iran und anderen Ländern auf der gegenwärtigen Vollversammlung gemachten Vorschläge über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Südasien und dem Nahen Osten hinwies. die allesamt von der VR China positiv befürwortet, von der Sowjetunion aber abgelehnt würden (NCNA, 4.11.74).

(19) Chinesische Befriedigung über den Ausschluß Südafrikas aus der Arbeit der laufenden UNO-Vollversammlung

JMJP (16.11.74) feiert den Ausschließungsbeschluß vom 12.11. als einen weiteren Sieg der Dritten Welt in ihrem Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus: "Das rassistische südafrikanische Regime ist der gemeinsame Feind der Länder und Völker Afrikas. Jahrelang hat es willkürlich ein rassistisches Regime zu Hause ausgeübt und ruchlos das Volk von Azania verfolgt und ausgebeutet. Gleichzeitig hat es fanatisch eine Politik der Aggression und der Expansion befolgt, indem es Namibia durch Gewalt besetzte, das rassistische rhodesische Regime unterstützte, die nationalen Befreiungsbewegungen in Südafrika unterdrückte und die Unabhängigkeit und Sicherheit einiger anderer afrikanischer Staaten bedrohte.

"Die weißen rassistischen Administrationen in Azania (Südafrika), Zimbabwe (Rhodesien) und Namibia (Südwestafrika), welche sich über den südlichen Teil von Afrika erstrecken, haben ihre kolonialistischen und rassendiskriminierenden Unterdrückungsmaßnahmen erneut verstärkt, um ihr angeschlagenes reaktionäres Regime aufrechtzuerhalten. Seit dem 15. Jh. bereits sind Azania, Zimbabwe und Namibia von weißen Kolonialisten beherrscht, die den Boden und die Bergwerke des afrikanischen Volkes übernommen und die Einwohner in sogenannte Reserven gepfercht und gegen sie eine äußerst grausame Apartheidpolitik verhängt haben" (SWB, 5.11.74). Da der südliche Teil Afrikas wegen seiner strategisch wichtigen Lage zwischen dem Südatlantik und dem Indischen Ozean so bedeutsam sei, hätten auch die Imperialisten sich immer wieder um dieses Gebiet gekümmert und die weiße reaktionäre Herrschaft in Südafrika und Rhodesien unterstützt.

WIRTSCHAFT

(20) Reisanbau in Heilungkiang

Die Provinz Heilungkiang vermeldet für 1974 eine Reisernte, deren Volumen 20% über der Ernte von 1973 liegt und die Steigerungen des Reisertrages pro Einheit von rund 10% aufzuweisen hat (SWB, Weekly Economic Report, 30.10.74, A 4).

Der Bericht nennt ferner eine Gesamtzahl des Reisanbaugebietes der Provinz von 2.360.000 Mou, d.h. ca. 157.000 Hektar. Der durchschnittliche Mou-Ertrag wird mit 300 Chin angegeben,